

Gemeinde Testorf-Steinfort

Vorlage öffentlich

VO/09GV/2022-0381

öffentlich

Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Nordwestmecklenburg über die überörtliche Prüfung der amtsangehörigen Gemeinde Testorf-Steinfort 2017 bis 2020

<i>Organisationseinheit:</i> Finanzen <i>Sachbearbeiter:</i> Kristine Lenschow	<i>Datum</i> 13.05.2022 <i>Verfasser:</i> Lenschow, Kristine
---	---

<i>Beratungsfolge</i> Gemeindevertretung Testorf-Steinfort (Information)	<i>Geplante Sitzungstermine</i> 30.06.2022	<i>Ö / N</i> Ö
--	---	-------------------

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung nimmt den anliegenden Prüfbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises hat eine überörtliche Prüfung der Gemeinde Testorf-Steinfort 2017-2020 vorgenommen.

Gemäß § 10 Absatz 2 KPG (Kommunalprüfungsgesetz) ist der Bericht der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

Außerdem wurde die Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Prüfungsfeststellungen beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlage/n

1	Prüfbericht Gemeinde Testorf-Steinfort 2017-2020 (öffentlich)
2	Übersicht Prüfungsfeststellungen mit Anmerkungen Gemeinde Testorf-Steinfort (öffentlich)



**Der Landrat
des Landkreises Nordwestmecklenburg
als Gemeindeprüfungsamt**

Landkreis Nordwestmecklenburg · Postfach 1565 · 23958 Wismar

**Stadt Grevesmühlen
Der Bürgermeister
Rathausplatz 1
23936 Grevesmühlen**

Stadt Grevesmühlen Eingegangen 03. Mai 2022				
Bgm	HA/OA	FIN	BA	KBS

Auskunft erteilt Ihnen Frau Weber

Zimmer 9 · Langer Steinschlag 4 · 23936 Grevesmühlen

Telefon 03841 3040 1400

Fax 03841 3040 81400

E-Mail h.weber@nordwestmecklenburg.de

Grevesmühlen, 29.04.2022

Überörtliche Prüfung des Amtes Grevesmühlen-Land und der Gemeinden Gägelow, Rütting und Testorf-Steinfurt

Sehr geehrter Herr Prahler,

anliegend sende ich Ihnen die Prüfberichte.

Die Prüfbehörde soll das Ergebnis der Prüfung in einer Schlussbesprechung mit der kommunalen Körperschaft und der Kommunalaufsicht erörtern. Dem Rechnungsprüfungsausschuss der Kommunen ist Gelegenheit zur Beteiligung zu geben (KPG M-V § 9).

Ich bitte hierzu um einen Terminvorschlag.

Der Prüfbericht ist den kommunalen Vertretungen zur Kenntnis zu geben (KPG M-V § 10 (2)) und unverzüglich nach der Kenntnisnahme unter Beachtung der Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes an sieben Werktagen während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen. In einer vorangegangenen öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen (KPG M-V § 10 (3)).

Das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V erhält eine Kopie des Prüfberichtes (lt. Erläuterungen zum Kommunalprüfungsgesetz 05/2021, Ziff. 2.7.2).

Die kommunale Körperschaft hat innerhalb von 3 Monaten gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere zu berichten, inwieweit den Prüfungsfeststellungen Rechnung getragen wurde (KPG M-V § 9 (3)).

Seite 1/2

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



H. Weber

Verteiler: FD 15 – Kommunalaufsicht
IM M-V

Seite 2/2

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673



**Der Landrat
des Landkreises Nordwestmecklenburg**
als Gemeindeprüfungsamt

Stadt Grevesmühlen Eingegangen				
Pr 825 03. Mai 2022				
Bgm	HA/OA	FIN	BA	KBS

**Bericht über die überörtliche Prüfung
der amtsangehörigen Gemeinde
Testorf-Steinfurt
2017-2020**

Bericht vom:

28.04.2022

Prüferinnen:

Frau Berg, Diplom Bauingenieurin (FH)

Frau Kaak, Diplomökonomin

Frau Sobeck, Diplomökonomin

Prüfungszeit:

11.10.2021 bis 28.04.2022 (mit Unterbrechungen)

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Vorbemerkungen.....	4
1.1 Prüfungsunterlagen	4
1.2 Vorangegangene überörtliche Prüfung.....	4
2. Allgemeine Rahmenbedingungen der Körperschaft	4
2.1 Kennzahlen für den Prüfungszeitraum	5
2.2 Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit nach RUBIKON	5
3. Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie der sonstigen Verwaltungstätigkeit (Ordnungsprüfung)	5
3.1 Durchführung und Ergebnisse der örtlichen Prüfungen	5
3.2 Internes Kontrollsystem	6
3.3 Repräsentationen	7
3.4 Freiwillige Leistungen	7
3.5 Grundlagen der Haushaltswirtschaft	8
3.5.1 Haushaltsplanung und –durchführung	8
3.5.2 Jahresabschlüsse mit Anlagen und Anhang	11
3.6 Wirtschaftliche Betätigung	18
3.7 Sonstige Prüfthemen zur Ordnungsprüfung.....	19
3.7.1 Vergabepfung nach VOB/A.....	19
3.7.2 Forderungsmanagement	22
3.7.3 Wohnungsverwaltung	22
4. Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsfeststellungen	23

Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
DMS	Dokumentenmanagement System
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FR	Finanzrechnung
GemHVO-Doppik M-V	Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik M-V
GemKVO-Doppik M-V	Gemeindekassenverordnung-Doppik M-V
GV	Gemeindevertretung
HH	Haushalt
IKS	Internes Kontrollsystem
JA	Jahresabschluss
KPG M-V	Kommunalprüfungsgesetz
KV M-V	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
NKHR M-V	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Mecklenburg-Vorpommern
RAB	Rechtsaufsichtsbehörde
RPA	Rechnungsprüfungsausschuss
RZ	Randziffer
THH	Teilhaushalt
UVgO	Unterswellenvergabeordnung
VgG M-V	Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern
VgV	Vergabeverordnung
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A
VV	Verwaltungsvorschrift
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
(W)	Wiederholungsbeanstandung

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +- einer Einheit (TEUR) auftreten.

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die überörtliche Prüfung der Gemeinde Testorf-Steinfurt fand vom 11.10.2021 bis zum 28.04.2022 (mit Unterbrechungen) im Rathaus Grevesmühlen sowie in den Diensträumen des Gemeindeprüfungsamtes in Grevesmühlen statt.

Die Prüfung erfolgte auf der Grundlage des § 4 (1) und § 6 (1) bis (3) des KPG vom 6. April 1993 (in der aktuellen Fassung).

Die Prüfung beinhaltete eine Ordnungsprüfung, d. h. ob die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie die sonstige Verwaltungstätigkeit der kommunalen Körperschaft den Rechtsvorschriften und den Weisungen der Aufsichtsbehörden entsprechen und eine Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung, d. h. ob die Verwaltung sachgerecht und wirtschaftlich geführt wird.

Die Prüfung erstreckte sich über die Haushaltsjahre 2017 bis 2020.

Die Prüfung erfolgte entsprechend § 7 (2) des KPG M-V im stichprobenartigen Umfang.

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Grevesmühlen erteilten zur Klärung von Sachverhalten die notwendigen Auskünfte.

Der ehrenamtliche Bürgermeister der Gemeinde ist Herr Vitense.

Die Berichtszusammenfassung erfolgte in den Diensträumen des Landkreises Nordwestmecklenburg sowie im Homeoffice.

Unsere Feststellungen und Hinweise wurden mit Randziffern versehen.

1.1 Prüfungsunterlagen

Die erforderlichen Prüfungsunterlagen wurden für die Prüfungsjahre 2017 bis 2020 zur Verfügung gestellt:

Hauptsatzungen einschließlich Änderungssatzung, Haushalts- und Nachtragssatzungen, festgestellte Jahresabschlüsse 2017 und 2018 sowie die aufgestellten Abschlüsse 2019 und 2020, interne Dienstanweisungen, Richtlinien und Satzungen, Beschlüsse, Verträge, örtliche Prüfberichte.

In die Prüfung wurden Kassenvorgänge einschließlich der Belege sowie ergänzende Akten und Unterlagen über die einzelnen Verwaltungsvorgänge einbezogen.

1.2 Vorgegangene überörtliche Prüfung

Die letzte überörtliche Prüfung der Gemeinde Testorf-Steinfurt erfolgte im Jahr 2016 durch das Gemeindeprüfungsamt des Landkreises Nordwestmecklenburg und umfasste den Prüfungszeitraum 2014 bis 2015 (Vergabepfung). Der Prüfungsbericht liegt mit Datum vom 19.04.2016 vor.

Die Prüfungsfeststellungen wurden im Wesentlichen ausgeräumt. Die Beanstandungen zu den Vergaben bestehen nach wie vor.

2. Allgemeine Rahmenbedingungen der Körperschaft

Die Gemeinde Testorf-Steinfurt gehört dem Amt Grevesmühlen Land an, das Amt bildet seit dem 01.01.2004 mit der Stadt Grevesmühlen eine Verwaltungsgemeinschaft. Durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung hat das Amt die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auf die Stadt Grevesmühlen übertragen.

Neben Testorf-Steinfurt erstreckt sich die Gemeinde auf einer Fläche von 2.386,5 Hektar auf die Ortsteile Schönhof, Seefeld, Fräulein-Steinfurt, Wüstenmark, Testorf und Harmshagen.

Die Gemeinde hatte 2017 29 gemeldete Gewerbebetriebe, von denen 9 gewerbesteuerpflichtig waren.

Die Einwohnerzahlen entwickelten sich in der Gemeinde wie folgt:

	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	30.06.2020
Einwohnerzahl lt. Statistischem Amt	620	626	623	642

Tabelle 1

2.1 Kennzahlen für den Prüfungszeitraum

Die Realsteuerhebesätze entwickelten sich in den geprüften Jahren wie folgt:

Jahr / Hebesätze in %	2017		2018		2019		2020	
	Hebesatz*	MV**	Hebesatz*	MV**	Hebesatz*	MV**	Hebesatz*	MV**
Grundsteuer A	300	313	310	319	310	320	310	329
Grundsteuer B	390	366	400	375	400	378	400	386
Gewerbsteuer	380	328	380	331	380	338	380	339

Tabelle 2* Hebesatz der Gemeinde, ** gewogener Durchschnittshebesatz MV für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 1.000 (Statistischer Bericht L273)

Die gewogenen Durchschnittshebesätze stellen eine grobe Vergleichsgröße dar, jedoch keine Obergrenze. Die Hebesätze müssen sich am konkreten Finanzbedarf der Gemeinde orientieren, GemHVO-GemKVO-DoppVV M-V zu § 17 a Punkt 18.1.3 c.

Der Hebesätze der Realsteuern wurden 2016 angehoben. 2018 gab es eine weitere Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B.

Der Einnahmeverzicht bei der Grundsteuer A belief sich 2020 auf ca. 3.100 €.

Die Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbsteuer lagen in den geprüften Jahren über den gewogenen Durchschnittshebesätzen des Landes.

2.2 Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit nach RUBIKON

Auf Grundlage von Haushaltskennzahlen und Kriterien zum Haushaltsausgleich wird die Leistungsfähigkeit der Gemeinde beurteilt, § 1 Nr. 5 i. V. m. § 17 GemHVO-Doppik M-V. Die Datenerhebung erfolgt anhand der Plan- und Ergebniszahlen.

- (1) **Nach den Wertungen, die sich aufgrund der Plan- und Ergebniszahlen ergeben (Verbindlichkeiten gegenüber der Einheitskasse, Fehlbeträge im Ergebnishaushalt), war die Leistungsfähigkeit in den geprüften Jahren als dauerhaft weggefallen zu beurteilen.**
Diese wird sich auch bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2023 nicht verändern.

3. Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie der sonstigen Verwaltungstätigkeit (Ordnungsprüfung)

Die Ordnungsprüfung erfolgte auf Grundlage des § 7 (1) Nr. 1 KPG M-V.

3.1 Durchführung und Ergebnisse der örtlichen Prüfungen

Die Gemeinde Testorf-Steinfurt hat keinen eigenen Rechnungsprüfungsausschuss gebildet.

In der 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde vom 05.02.2015 ist im § 5 (4) bestimmt, dass die Aufgaben der örtlichen Prüfung auf den gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Grevesmühlen Land und der Stadt Grevesmühlen übertragen werden, § 36 (2) Satz 6 KV M-V.

Die örtlichen Prüfungen wurden durch den RPA selbst durchgeführt, Dritte waren nicht einbezogen. Die Aufgaben der örtlichen Prüfung sind im § 3 KPG M-V festgelegt. Die Aufgabenstellung der örtlichen Prüfung umfasst neben der Prüfung der Jahresabschlüsse u.a. die Prüfung der Haushaltsdurchführung, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Prüfung von mindestens einem Zehntel der Auftragsvergaben der Gemeinde etc...

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes prüfte bisher die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2011 sowie die Jahresabschlüsse 2011 bis 2018.

Die Jahresabschlussprüfungen durch den Rechnungsprüfungsausschuss waren in den geprüften Jahren sehr umfangreich und im Wesentlichen auf:

- den Jahresabschluss mit Anlagen
- das Rechnungswesen
- das Belegwesen
- die wirtschaftlichen Verhältnisse
- die Ordnungsmäßigkeit der Verwaltungsführung
- die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft gerichtet.

Des Weiteren wurde die Prüfung von mindestens einem Zehntel der Auftragsvergaben des Haushaltsjahres, die gemäß § 3 (1) Nr. 9 KPG M-V gesetzliche Pflichtaufgabe der örtlichen Prüfung ist, durchgeführt. Siehe hierzu Ausführungen unter Punkt 3.7.1 Vergabeprüfung.

3.2 Internes Kontrollsystem

Die Stadt Grevesmühlen führt die Geschäfte der Gemeinde Testorf-Steinfurt. Die Stadt bereitet die Beschlüsse und Entscheidungen der Gemeindeorgane vor und führt diese aus.

Weiterhin besorgt die Stadt die Kassen- und Rechnungsführung der Gemeinde, bereitet deren Haushaltspläne vor und erstellt die Jahresabschlüsse.

Das Interne Kontrollsystem ist in den Dienstanweisungen der Stadt verankert, die die Anforderungen von KV M-V, GemHVO-Doppik M-V sowie GemKVO-Doppik M-V umsetzen. Die Elemente des IKS wie Funktionstrennung, Mehr-Augen-Prinzip, regelmäßiges Berichtswesen, Erfolgskontrolle und Dokumentation sind geregelt.

Nach § 20 GemHVO-Doppik M-V ist die Gemeindevertretung nach den örtlichen Bedürfnissen bis zum 30.06. des laufenden Haushaltsjahres über den Haushaltsvollzug, welche das Erreichen der Finanz- und Leistungsziele beinhaltet, zu unterrichten.

Entsprechende Regelungen zur Datenbereitstellung zum Berichtswesen sind in der Dienstanweisung zur Organisation des Rechnungswesens der Stadt Grevesmühlen vom 25.08.2015 unter Punkt 2.4.1.8 getroffen.

Eine unterjährige Berichterstattung über den Haushaltsvollzug und das Erreichen der Finanz- und Leistungsziele wurde per 30.06. der Haushaltsjahre vorgenommen.

Die Stadtkasse unterrichtet den Bürgermeister der Gemeinde monatlich über den Stand der liquiden Mittel.

Hauptsatzung

Die Hauptsatzung der Gemeinde Testorf-Steinfurt wurde am 29.04.2014 vom Bürgermeister erlassen.

Im Neuen Kommunalen Haushaltsrecht werden für die Hauptsatzung Festlegungen von Wertgrenzen für unbestimmte Begriffe und Betragsgrenzen in der Haushaltswirtschaft empfohlen. So zum

Beispiel zu Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen, zum Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung, zur Einzeldarstellung von Investitionsein- und -auszahlungen in den Teilhaushalten, zur Berichtspflicht (NKHR-MV Anlage Ergänzende Feststellungen durch die Gemeinde).

Diese wurden in die Hauptsatzung aufgenommen.

Am 15.10.2019 wurde eine neue Hauptsatzung erlassen. Die Wesentlichkeitsgrenzen der Haushaltswirtschaft werden nicht mehr in der Hauptsatzung sondern in der Haushaltssatzung geregelt.

Die Hauptsatzungen traten ordnungsgemäß in Kraft.

3.3 Repräsentationen

Die Repräsentationskosten haben sich in der Gemeinde Testorf-Steinfurt im Prüfungszeitraum wie folgt entwickelt:

Sachkonto 56930000 in EUR	2017	2018	2019	2020
Gesamtermächtigung	1.714,07	1.829,51	998,08	1.384,97
Ergebnis	1.709,87	1.658,98	834,13	594,78

Tabelle 3

Die Veranschlagung sowie die Inanspruchnahme von Repräsentationsmitteln erfolgte aufgrund der weggefallenden dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde sparsam.

3.4 Freiwillige Leistungen

In den Vorberichten zu den Haushaltsplänen erfolgte die Darstellung der Aufwendungen und Auszahlungen sowie die selbst finanzierten Eigenanteile für freiwillige Leistungen, § 5 Nr. 11 GemHVO-Doppik M-V, in EUR:

	2017	2018	2019	2020
Gesamtermächtigung ER	19.100,00	16.400,00	8.500,00	8.500,00
Ergebnis	11.400,98	12.884,02	14.366,85	12.024,74
Gesamtermächtigung FR	19.100,00	30.600,00	14.600,00	14.600,00
Ergebnis	7.629,22	10.747,92	10.204,89	7.228,67

Tabelle 4

Die freiwilligen Leistungen beinhalten anteilige Finanzierungen (Zuschüsse) der Kinder- und Jugendarbeit sowie der öffentlichen Spielplätze.

- (2) **Aufgrund der weggefallenen dauernden Leistungsfähigkeit bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2023 sollte die Gemeinde Prioritäten bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben setzen und die Höhe der freiwilligen Leistungen strengstens prüfen, § 17 a (1) Punkt 2 GemHVO-Doppik M-V. Die geplanten freiwilligen Leistungen wurden 2019 und 2020 überschritten.**

3.5 Grundlagen der Haushaltswirtschaft

3.5.1 Haushaltsplanung und -durchführung

Erlass der Haushaltssatzungen

Die Haushaltssatzungen sollten vor Beginn des Haushaltsjahres beschlossen und der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt werden, § 47 KV M-V.

(3) Die Gemeinde hielt diese Rechtsvorschrift in den geprüften Jahren 2017 bis 2019 nicht ein.

Die Stadt Grevesmühlen hat mit Stellungnahme vom 14.04.2022 mitgeteilt:

„Die Prüfungsfeststellung nehmen wir zur Kenntnis. Wir weisen aber darauf hin, dass die durch das Innenministerium zur Verfügung gestellten Daten zum Finanzausgleich als wesentliche Grundlage der kommunalen Haushaltsplanung mit jedem Jahr später über den Orientierungsdatenerlass zur Verfügung gestellt werden:

Für das Jahr 2014: am 02.09.2013

Für das Jahr 2017: am 29.09.2016

Für das Jahr 2019: am 30.10.2018

Für das Jahr 2020: am 10.06.2020

Für das Jahr 2022: am 29.11.2021

Es ist angesichts der ohnehin angespannten finanziellen Situation der Gemeinden erforderlich, diese Information in die Haushalte einzuarbeiten. Aufgrund der Anzahl der jährlich durch die Verwaltung aufzustellenden und mit den gemeindlichen Gremien in mehreren Sitzungen zu beratenden Haushalte ist eine Fertigstellung und Beschlussfassung für alle Gemeinden noch vor Jahresbeginn nicht realistisch.“

Im Prüfungszeitraum wurden die Beschlussfassungen der Gemeindevertretung, die notwendigen Genehmigungen durch die Rechtsaufsichtsbehörde sowie die öffentlichen Bekanntmachungen wie folgt vorgenommen:

Haushaltssatzungen	2017	2018	2019	2020
Beschluss Gemeindevertretung	20.04.2017	26.04.2018	23.05.2019	23.05.2019
Genehmigung durch die u. RAB	*	08.06.2018	03.07.2019	26.05.2020
Öffentliche Bekanntmachung in der OZ Grevesmühlener Zeitung	*	18.06.2018	06.07.2019	09.06.2020
Rechtskraft	*	19.06.2018	07.07.2019	10.06.2020

Tabelle 5

* Aussetzung der Genehmigung, keine Bekanntmachung

Die Rechtsaufsichtsbehörde setzte mit Schreiben vom 03.05.2017 die Genehmigung zur Haushaltssatzung 2017 aus, da die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 noch nicht festgestellt waren. Insofern war eine sachgerechte Bewertung der Finanzsituation durch die RAB der Gemeinde nicht möglich.

(4) Die Gemeinde befand sich 2017 ganzjährig in der vorläufigen Haushaltsführung.

Darauf wurde weder im Anhang noch im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2017 hingewiesen.

Für 2019 und 2020 beschloss die Gemeindevertretung mit Datum vom 23.05.2019 einen Doppelhaushalt. Die Genehmigung der u. RAB erfolgten für die beiden Jahre separat.

Die Haushaltssatzungen enthielten in den geprüften Jahren folgende genehmigungspflichtige Festsetzungen, Wertangaben in EUR:

Genehmigungspflichtige Bestandteile	2017	2018	2019	2020
Investitionskredite	230.700	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-
Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	1.022.000	650.000	700.000	603.779*
Stellenplan	0 VzÄ	0 VzÄ	0 VzÄ	0 VzÄ

Tabelle 6

*Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite von 750.000 EUR wurde durch die u. RAB in Höhe von 603.779 EUR genehmigt.

Mit Schreiben vom 03.11.2020 wurde durch die Leiterin Finanzen im Auftrag des Bürgermeisters gegenüber der u. RAB der Antrag gestellt, die Genehmigung für die volle Höhe des durch die Gemeindevertretung beschlossenen Kassenkreditrahmens für 2020 von 750.000 EUR zu erteilen. Vom 23.10. bis 30.10.2020 war der genehmigte Kassenkreditrahmen überzogen.

Die Genehmigung erfolgte am 04.11.2020 mit der Auflage, dass die Gemeinde bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2021 quartalsmäßig über den täglichen Stand der Liquidität zu berichten hat.

Zu den Haushaltssatzungen einschließlich des Haushaltsplanes und der dazugehörigen Anlagen erfolgten in den geprüften Jahren rechtsaufsichtliche Anordnungen. Die Anordnungen wurden umgesetzt.

Haushaltsausgleich

Der Haushalt ist in der Planung und Rechnung auszugleichen, § 43 (6) KV M-V und § 16 GemHVO Doppik M-V.

Der Haushaltsausgleich als Kriterium der dauernden Leistungsfähigkeit stellt gemäß § 16 (1) GemHVO-Doppik M-V auf den Ausgleich des Ergebnis- und Finanzhaushaltes ab.

Der Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist erreicht, wenn das Jahresergebnis unter Berücksichtigung von noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen und Jahresüberschüssen aus Haushaltsvorjahren keinen Fehlbetrag ausweist, § 16 (1) Nr.1 GemHVO-Doppik M-V.

Gem. § 16 (1) Nr. 2 GemHVO-Doppik M-V ist der Finanzhaushalt ausgeglichen, wenn kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen besteht.

(5) Der Haushaltsausgleich wurde im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Finanzplanungszeitraum bis 2023 nicht erreicht.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

In den Ergebnis- und Finanzrechnungen 2017, 2019 und 2020 wurden Haushaltsüberschreitungen ausgewiesen, Genehmigungen des Bürgermeisters sowie Beschlüsse der Gemeindevertretung lagen vor.

Weitere Überschreitungen wurden durch die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit nach § 14 GemHVO-Doppik M-V abgewickelt. Diese waren ebenfalls in den Ergebnis- und Finanzrechnungen ausgewiesen und im Anhang zu den Jahresabschlüssen erläutert.

Kosten- und Leistungsrechnung, Ziele und Kennzahlen

Die Gemeinde Testorf-Steinfurt hat entsprechend dem Musterhaushalt für eine kleine amtsangehörige Gemeinde (Gemeinschaftsprojekt zur Umsetzung des NKHR-MV) zwei Teilhaushalte eingeführt:

THH 1 Gemeindespezifische Aufgaben im Produktbereich 1-5
THH 2 Allgemeine Finanzwirtschaft

Ein produktorientierter Haushalt mit einer angemessenen Produktgliederung und internen Leistungsverrechnungen entspricht den Anforderungen an eine Kosten- und Leistungsrechnung, § 27 GemHVO-Doppik M-V. Ein weiterer Regelungsbedarf besteht für die Gemeinde nicht.

In jedem Teilhaushalt sind wesentliche Produkte und deren Auftragsgrundlagen zu beschreiben sowie Leistungsmengen und Kennzahlen zu Zielvorgaben anzugeben, § 4 (2) GemHVO-Doppik M-V.

Der Ausweis von wesentlichen Produkten soll ebenso der Minimierung des Verwaltungsaufwandes dienen, da sich zum Beispiel die Berichtspflichten auf wesentliche Produkte beschränken lassen.

Wesentliche Produkte wurden festgelegt. Ziele wurden zum Teil beschrieben.

(6) Mit Leistungsmengen und Kennzahlen zur Messung der Produktergebnisse wurde noch nicht gearbeitet. (W)

Bei der Erarbeitung der Ziele sollen die in der Zukunft liegenden Sollzustände definiert werden, die es durch gezielte Maßnahmen zu erreichen gilt. Zielvorgaben sollten eindeutig definiert, messbar und erreichbar sein.

Vorläufige Haushaltsführung

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 49 KV M-V stehen der Gemeinde nur eingeschränkte Befugnisse bei der Durchführung ihrer Haushaltswirtschaft zur Verfügung.

Bis zu den o.g. Zeitpunkten der öffentlichen Bekanntmachungen der Haushaltssatzungen (Tabelle 5) befand sich die Gemeinde in der vorläufigen Haushaltsführung.

Die Leiterin Finanzen erlässt am Ende eines jeden Jahres auf der Grundlage des § 49 der KV M-V ein Schreiben zur vorläufigen Haushaltsführung an alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie an die Bürgermeister, welche noch keinen genehmigten Haushalt für das folgende Jahr haben.

Die stichprobenartige Prüfung der Einhaltung der Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2020 ergab nach § 49 KV M-V keine Beanstandungen.

3.5.1.1 Nicht ausgeglichener Haushalt

Kann die Gemeinde trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten den gebotenen Haushaltsausgleich nicht erreichen, so ist sie verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen bzw. jährlich fortzuschreiben, § 43 (7) KV M-V in Verbindung mit § 17 b GemHVO-Doppik M-V.

In der Planung konnte kein Haushaltsausgleich erreicht werden.

Die Gemeinde beschloss mit der Haushaltsplanung 2009 das erste Haushaltssicherungskonzept. Dieses wird seit 2010 jährlich fortgeschrieben, § 43 (8).

Der Inhalt eines Haushaltssicherungskonzeptes richtet sich nach § 17 b GemHVO-Doppik M-V. Demnach sollen im Haushaltssicherungskonzept der Konsolidierungsbedarf und der Konsolidierungszeitraum benannt werden. Maßnahmen sollen produktbezogen mit ihren finanziellen Auswirkungen dargestellt und abgerechnet werden.

**(7) Das Haushaltssicherungskonzept entspricht nicht der Mindestgliederung nach § 17 b (1) der GemHVO-Doppik M-V.
Die Festlegung des Konsolidierungszeitraumes konnte nicht benannt werden. Die Konsolidierungseffekte reichen in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 nicht zur Erzielung des Haushaltsausgleiches aus.**

Es handelt sich um ein grundsätzlich strukturelles Defizit, das durch Kürzung freiwilliger Leistungen und Steuererhöhungen nicht mehr aufgefangen werden kann.

Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 wurden keine neuen Maßnahmen in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen.

Die Gemeinde hat für 2020 einen Antrag auf Konsolidierungszuweisung gemäß § 27 (1) FAG M-V gestellt. Die Hilfe zum Haushaltsausgleich ist durch das Innenministerium am 21. 04.2021 in Höhe von 161.836,97 € bewilligt worden.

3.5.2 Jahresabschlüsse mit Anlagen und Anhang

3.5.2.1 Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse

Die Gemeinde hat bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse die Formanforderungen des § 60 (1) bis (3) KV M-V eingehalten. Es sind alle Bestandteile vorhanden und Anlagen beigelegt.

Die Jahresabschlüsse 2017 bis 2018 waren innerhalb von vier Monaten sowie 2019 und 2020 innerhalb von fünf Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen sowie bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres zu beschließen, § 60 (4) KV M-V.

	2017	2018	2019	2020
Aufstellung JA	06.11.2019	18.03.2021	16.09.2021	27.09.2021
Feststellung durch GV	30.04.2020	23.09.2021	noch nicht erfolgt	noch nicht erfolgt
Öffentliche Bekanntmachung	07.05.2020	19.11.2021	noch nicht erfolgt	noch nicht erfolgt

Tabelle 7

(8) Die Jahresabschlüsse 2017 bis 2019 wurden nicht fristgerecht aufgestellt und festgestellt.

Die Beschlüsse über die Feststellung der Jahresabschlüsse sowie über die Entlastung des Bürgermeisters für die Jahre 2017 und 2018 lagen vor. Der Bürgermeister wurde jeweils uneingeschränkt entlastet.

Die Beschlüsse über die Feststellung der Jahresabschlüsse und die Entlastung des Bürgermeisters für 2017 und 2018 wurden öffentlich bekannt gemacht und die Jahresabschlüsse inklusive Prüfberichte wurden zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt. Der Ort und der Zeitraum der öffentlichen Auslegung wurden in der öffentlichen Bekanntmachung genannt.

Gemäß §3 des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-CoV-2-Pandemie vom 28.01.2021 wurden die Fristen für die Erstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse 2019 und 2020 um jeweils ein Jahr verlängert.

3.5.2.2 Plausibilitätsprüfung zwischen Bilanz und Finanzrechnung

Die Veränderung der liquiden Mittel in der Finanzrechnung stimmten mit den Veränderungen der mit den Veränderungen der liquiden Mittel in der Bilanz überein:

in EUR	2017	2018	2019	2020
Veränderg. liquide Mittel in der FR	-158.906,21	-29.209,86	-102.684,77	534.066,89
Veränderg. Liquide Mittel in der Bilanz bei den Verbindlichkeiten	-158.906,21	-29.209,86	-102.684,77	534.066,89
Differenz	0,00	0,00	0,00	0,00

Tabelle 8

(9) Die Prüfung der Übereinstimmung der Veränderung der durchlaufenden Gelder in der Finanzrechnung mit der Veränderung der Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern in der Bilanz ergab in 2018 und 2019 eine Differenz:

in EUR	2017	2018	2019	2020
Saldo der Ein- u. Auszahl. durchl. Gelder FR	-2.897,01	2.600,00	10.072,00	-9.284,00
Veränderg. Verbindl. durchl. Gelder Bilanz	-2.897,01	0,00	12.672,00	-9.284,00
Differenz	0,00	-2.600,00	2.600,00	0,00

Tabelle 9

Die Differenz in Höhe von 2.600,00 € in 2018 und 2019 resultiert aus der fehlerhaften Umbuchung der Spenden für einen Spielplatz in 2018, die in 2019 korrigiert wurde.

3.5.2.3 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnungen der geprüften Jahre entwickelten sich wie folgt:

Ergebnisrechnung in TEUR	2017	2018	2019	2020
Jahresergebnis - Ermächtigung	-500	-188	-169	-74
Jahresergebnis – IST vor Rücklagenentnahme	-133	-47	-108	183
Abweichung	367	141	61	257

Tabelle 10

Das Ergebnis fiel im Prüfungszeitraum besser aus als geplant.

3.5.2.3.1 Veränderungen des Jahresergebnisses durch Rücklagenentnahmen

Ergebnisentwicklung in TEUR	2017	2018	2019	2020
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	-133	-47	-108	184
Plan Entnahme aus der zweckgebund. Kap.rücklage aus investiv gebund. Schlüsselzuweisungen	0	8	6	7
Ist Entnahme aus der zweckgebund. Kap.rücklage aus investiv gebund. Schlüsselzuweisungen	26	18	6	0
Ist Entnahme aus der allgemeinen Kap.rücklage	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen gem. FAG	-107	-29	-102	184
Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	90	0	0	103
Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	90	0
Jahresergebnis	-197	-29	-12	81
Ergebnisvortrag aus Haushaltsvorjahr	-647	-844	-873	-885
neuer Ergebnisvortrag	-844	-873	-885	-804

Tabelle 11

2020 gab es folgende wesentliche Abweichungen zwischen den Gesamtermächtigungen und dem Ergebnis:

- Steuern und ähnliche Abgaben +65,2 TEUR
- Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge +146,0 TEUR
- sonstige lfd. Erträge +63,4 TEUR
- Sach- und Dienstleistungen -15,5 TEUR
- Abschreibungen +28,9 TEUR
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen -7,7 TEUR

- Sonstige laufende Aufwendungen -5,5 TEUR

In 2017, 2018 und 2019 wurden aus der zweckgebundenen Rücklage aus investiv gebundenen Schlüsselzuweisungen insgesamt 50 TEUR entnommen.

- (10) Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde in 2017 bis 2019 nicht erreicht. Der vollständige Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht.**

3.5.2.4 Finanzrechnung

Die Ergebnisse der Finanzrechnungen der geprüften Jahre entwickelten sich wie folgt:

Finanzrechnung in TEUR	2017	2018	2019	2020
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen, Gesamtermächtigung	-171	-121	-112	-38
Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen, Ergebnis	-13	19	-54	162
Abweichung	158	140	58	200
Saldo der lfd. Ein- u. Auszahlungen zum 31.12. des Vorjahres	-393	-406	-387	-441
Saldo der lfd. Ein- u. Auszahl. zum 31.12. des Haushaltsjahres vollständ. Haushaltsausgleich	-406	-387	-441	-279

Tabelle 12

Das Ergebnis fiel im Prüfungszeitraum wesentlich besser aus als geplant.

2020 gab es folgende wesentliche Abweichungen zwischen den Gesamtermächtigungen und dem Ergebnis:

- Steuern und ähnliche Abgaben +71,7 TEUR
- Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen +129,5 TEUR
- privatrechtliche Leistungsentgelte -20,1 TEUR
- Sach- und Dienstleistungen -11,2 TEUR
- Investitionszuwendungen -391,1 TEUR
- Sonstige laufende Auszahlungen -16,5 TEUR
- Einzahlungen aus Verkäufen 34,8 TEUR
- investive Maßnahmen -956,4 TEUR.

- (11) Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung wurde 2017 und 2019 nicht erreicht, der vollständige Haushaltsausgleich wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht.**

In den neuen Mustern zur geänderten GemHVO-Doppik M-V vom 23.07.2019 wurde klargestellt, dass sich die Abweichung im Haushaltsjahr aus der Spalte 4 (Ergebnis des Haushaltsjahres) abzüglich der Spalte 3 (Haushaltsermächtigungen im Haushaltsjahr) ergibt.

3.4.2.5 Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Der fortgeschriebene Saldo gemäß der Anlage 5a stellt sich folgender Maßen dar (Angaben in EUR):

HH-Jahr	2017	2018	2019	2020
Vortrag des Vorjahres	49.359,84	- 93.480,72	- 144.386,00	- 202.801,01
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 142.840,56	- 50.905,28	- 58.415,01	381.373,18
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
	-93.480,72	- 144.386,00	- 202.801,01	178.572,17

Tabelle 13

Der fortgeschriebene Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit war im Prüfungszeitraum bis 2019 durchweg negativ, Einzahlungen konnten nicht in geplanter Höhe generiert werden. Im Jahr 2020 konnte durch Einzahlung für Investitionszuwendungen vom Land (45 TEUR), Bauland (60 TEUR), eine anteilige Auszahlung von Fördermittel für eine Straßenbaumaßnahme (390 TEUR), dem pauschalen finanziellen Ausgleich für den Wegfall der Straßenbaubeiträge (29 TEUR) und die Erhebung von Beiträgen für die Straße am Dorfteich in Höhe von (6 TEUR) ein positiver Saldo erzielt werden.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sind aus Einzahlungen aus Investitionstätigkeit oder aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen zu decken (§ 12 Absatz 3 GemHVO-Doppik M-V).

Liquiditätskredite können für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen verwendet werden, wenn die Tilgung durch entsprechende Einzahlungen gesichert ist. Sie dürfen allerdings nicht als Deckungsmittel verwendet werden, sondern lediglich den Zahlungseingang von Deckungsmitteln überbrücken.

- (12) In den Jahren 2017 bis 2019 wird der negative Investitionssaldo über die Inanspruchnahme des Kassenkredites gedeckt. Die Gemeinde verfügte zu dem Zeitpunkt über keine liquiden Mittel. Das Finanzierungsgebot nach § 19 Absatz 2 GemHVO Doppik M-V wird nicht beachtet.**

Die Investitionsein- und -auszahlungen stellen sich wie folgt dar:

Investitionszahlungen – Plan/IST Vergleich in TEUR					
		2017	2018	2019	2020
Erm.	Investitionseinzahlungen	274	225	429	840
	Investitionsauszahlungen	518	219	453	1.119
	Saldo Investitionstätigkeit	-243	6	-24	-297
Ist	Investitionseinzahlungen	216	76	36	544
	Investitionsauszahlungen	359	127	95	162
	Saldo Investitionstätigkeit	-143	-51	-58	381
	Übertragung von Haushaltsermächtigungen Einzahlungen	37	0	13	412
	Übertragungen von Haushaltsermächtigungen Auszahlungen	39	85	140	909

Tabelle 14

- (13) Der geplante Saldo aus Investitionstätigkeit 2018 und 2019 wurde nicht eingehalten.**

Die Stadt Grevesmühlen hat mit Stellungnahme vom 14.04.2022 mitgeteilt: „Dies resultiert aus nicht realisierten Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen.“

(14) 2018 und 2019 sind im Saldo die übertragenen Haushaltsermächtigungen ins Folgejahr größer als die verfügbaren Mittel, die Finanzierung ist nicht gesichert (VV zur GemHVO M-V Ziff. 15.2).

Finanzrechnung – Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in TEUR

	Verfügbar (lt. Spalte 10)	Übertragung von Ermächtigungen (lt. Spalte 13)	Abweichung
2018 (Zeile 39)	- 56	85	141
2019 (Zeile 39)	-35	127	162

Tabelle 15

Für die geprüften Haushaltsjahre war festzustellen, dass die Maßnahmen nicht in der geplanten Höhe realisiert wurden bzw. in die Folgejahre verschoben wurden. Im Jahr 2020 wurden von den geplanten Investitionsauszahlungen von 1.119 TEUR nur 162 TEUR (14,5 %) umgesetzt. Insbesondere für den mit ELER- Mitteln geplanten Ausbau und die Erneuerung der Fahrbahn in „Wüstenmark“ wurden nur 72 TEUR von den geplanten 895 TEUR realisiert, die restlichen 823 TEUR wurden ins nächste Jahr übertragen.

In den HH-Satzungen der Gemeinde Testorf-Steinfurt, § 8, wurden für die Jahre 2017 und 2018 die Wertgrenze für die Einzeldarstellung der Ein- und Auszahlungen der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Teilhaushalt auf 5.000 EUR und für die Jahre 2019/2020 im § 8.1 auf 10.000 EUR festgelegt.

Die Darstellung der Investitionsmaßnahmen erfolgte in den Teilhaushalten Maßnahme bezogen detailliert.

Die Haushaltspläne enthalten ein Investitionsprogramm und eine Investitionsübersicht. Hier werden die Maßnahmen nach Produkten und Projekten ausgewiesen.

Investitionsprogramm und Investitionsübersicht sind den aktuellen Mustern zu 10 a (zu § 1 Nr. 4 GemHVO-Doppik M-V) und 10b (zu § 4 Abs. 7 und 8 GemHVO-Doppik M-V) für die HH-Planung anzupassen.

Die Hauptsatzung der Gemeinde Testorf-Steinfurt vom 29.04.2014 regelt im § 6 die Wesentlichkeitsgrenzen der Haushaltswirtschaft.

Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Hauptsatzung ist gemäß § 48 Abs. 3 Nr. 1 KV M-V keine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn eine Geringfügigkeitsgrenze für unabweisbare Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie unabweisbare Aufwendungen und Auszahlungen für Instandsetzungen an Bauten und Anlagen von bis zu 50 TEUR nicht überschritten wird.

Mit der 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 16.07.2015 wurden der § 6 Abs. 3 neu gefasst. Nach § 9 Abs. 1 GemHVO-Doppik M-V ist für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen ab 5.000 EUR durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, zumindest durch einen Vergleich der Anschaffungs- und Herstellungskosten und der Folgekosten, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln. Für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen bis 5.000 EUR ist abweichend eine Kostenschätzung vorzulegen.

Für die veranschlagten Investitionen ab einer Wertgrenze von 5 T€ wurden Wirtschaftlichkeitsrechnungen in den Haushaltsplänen ausgewiesen. Dieses erfolgte über die Kapitalwertmethode.

Laut Kommentierung zu § 9 Abs. 1 GemHVO M-V „sollten dokumentierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen im Vorfeld von Beschlüssen, auf Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung fokussiert werden. Diese umfasst insbesondere Investitionsentscheidungen, die mehrjährige spürbare Auswirkungen auf den Haushalt haben, relevant für den Haushaltsausgleich sind und im Um-

fang zum Gesamthaushalt und speziell zum Investitionshaushalt bedeutsame mehrjährige Mittelbindungen erfordern.“

In der Hauptsatzung vom 25.11.2019 wurde im § 8 festgelegt, dass sich die Wesentlichkeitsgrenzen zur Haushaltswirtschaft durch die Haushaltssatzung ergeben.

3.5.2.4.1 Finanzierungstätigkeit/ Kredite/ Tilgung/ Liquide Mittel

Investitionskredite

Im Prüfungszeitraum wurden keine Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Anspruch genommen.

Die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen entwickelte sich wie folgt, in EUR:

2017	2018	2019	2020
30.032,82	30.138,68	32.162,69	38.017,68

Tabelle 16

Liquide Mittel

Aufgrund der Einheitskasse werden die liquiden Mittel der Gemeinde als Verbindlichkeiten gegenüber der Stadtkasse Grevesmühlen ausgewiesen.

Die liquiden Mittel wurden anhand der Bilanzen, der Tagesabschlüsse sowie den Übersichten über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit abgeglichen.

Stichtagsbezogen zum 31.12. der geprüften Jahre stellt sich die Liquidität der Gemeinde wie folgt dar, in EUR:

Jahr	Kassenbestand	Kassenkredit
2017	-499.807,80	1.022.000
2018	-529.017,66	650.000
2019	-631.702,43	700.000
2020	-97.635,54	750.000

Tabelle 17

Die Gemeinde stellte in den Jahren 2017 bis 2020 die Zahlungsfähigkeit durch die Inanspruchnahme des Kassenkreditrahmens sicher, § 53 KV M-V.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten 2020 entstand durch Fördermittel, die 2020 nicht mehr ausgegeben wurden.

Der in § 4 der Haushaltssatzungen festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bedurfte gemäß § 53 Abs. 3 KV M-V der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, da dieser zehn Prozent der im Finanzhaushalt veranschlagten laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit überstieg.

3.5.2.5 Bilanz/ Anhang

Gemäß § 43 (3) KV M-V ist eine Gemeinde überschuldet, wenn das Eigenkapital in der Bilanz aufgebraucht ist und als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen wird. Die Gemeinde war in den geprüften Haushaltsjahren nicht überschuldet.

Das Eigenkapital entwickelte sich im Prüfungszeitraum wie folgt:

in TEUR	2017	2018	2019	2020
Bilanzsumme	4.556.261,46	4.521.394,85	4.422.551,50	4.429.927,64
Eigenkapital	1.574.825,91	1.545.466,13	1.443.753,56	1.673.017,65
Eigenkapitalquote	34,56 %	34,18 %	32,59 %	37,77%

Tabelle 18

Das Eigenkapital entwickelte sich von 2017 bis 2019 rückläufig.

Der Anstieg des Eigenkapitals 2020 resultiert aus Fördergeldern.

In der Haushaltsplanung 2019/2020 wurde darauf hingewiesen, dass bei weiteren entstehenden Fehlbeträgen im Ergebnishaushalt das Eigenkapital 2029 vollständig aufgebraucht sein wird.

(15) Die Bilanzen entsprechen nicht dem nach § 47 GemHVO-Doppik M-V verbindlich anzuwendenden Muster 15 (Kontoform, auf einer Seite).

3.5.2.6 Buchführung

Die Kontrolle des Belegmaterials wurde stichprobenweise vorgenommen.

Die Befugnisse der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit wurden regelmäßig aktualisiert und eingehalten.

Die Buchführung ist übersichtlich und auch für den sachverständigen Dritten nachvollziehbar. Die Belege wurden nach zeitlicher Buchungsreihenfolge in Papierform abgelegt. Im Jahr 2018 wurde mit der digitalen Rechnungsablage nach § 26 (4) GemKVO-Doppik M-V begonnen.

Die Buchführung und das Belegwesen dokumentieren ausreichend die gesetzlichen sowie die örtlichen amtsinternen Vorschriften.

3.6 Wirtschaftliche Betätigung

Die Gemeinde ist Mitglied im Zweckverband Grevesmühlen und im Kommunalen Anteilseignerverband Ostseeküste der E.ONedis AG.

Die Anteile der Beteiligungen werden in der Bilanz zutreffend als Finanzanlagen in der Position 1.3.5 in Höhe von 251.167,98 EUR abgebildet.

Es gab gegenüber der Eröffnungsbilanz keine Veränderungen.

Das Beteiligungsmanagement beinhaltet u.a. die Teilnahme an den Gesellschafterversammlungen, die Auswertung der Jahresabschlüsse und die Information der Gemeindevertretung, § 75a KV M-V.

Es liegen notwendige Beteiligungsakten vor (Verträge, Beschlüsse, Prüfberichte).

3.7 Sonstige Prüfformen zur Ordnungsprüfung

3.7.1 Vergabepfung nach VOB/A

Im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Gemeinde Testorf-Steinfurt wurde die Durchführung von Vergabeverfahren aus den HH-Jahren 2017 bis 2020 in Stichproben geprüft.

Gemäß § 21 GemHVO-Doppik M-V gilt für das öffentliche Auftragswesen das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern in seiner jeweiligen Fassung.

Danach werden öffentliche Aufträge und Konzessionen im Wettbewerb und im Wege transparenter Verfahren vergeben. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit zu beachten (§ 3 Abs. 1 VgG M-V).

Die Stadt Grevesmühlen zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen veröffentlicht über laufende und abgeschlossene Vergabeverfahren über die Homepage der Stadt Grevesmühlen unter Ausschreibungen → Öffentliche Ausschreibungen und Vergaben unterteilt nach Beabsichtigte Vergaben; Aktuelle öffentliche Ausschreibungen und abgeschlossenen Vergaben.

Zum Zeitpunkt der Prüfung wurden zwei beabsichtigte beschränkte Vergaben für die Gemeinde veröffentlicht.

Dort werden:

- die Vorabinformationen der beschränkten Ausschreibungen im Amtsbereich gemäß § 20 Abs. 4 VOB/A, ab einem voraussichtlichen Auftragswert i. H. v. 25 TEUR ohne Umsatzsteuer und
- die aktuellen Vergabeverfahren, das heißt die Bekanntmachungen der beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben im Amtsbereich des Amtes Grevesmühlen gemäß § 20 Abs. 3 VOB/A und § 30 Abs. 1 UVgO über die Erteilung eines Auftrages bekanntgegeben.

Die Stadt Grevesmühlen hat für die Vergabe von Aufträgen eine Dienstanweisung erlassen, welche mit Wirkung vom 01.03.2019 in Kraft trat. Nach einer Laufzeit von zwei Jahren sollte die DA zum 28.02.2021 außer Kraft treten und nach Evaluierung der Anwendungsergebnisse eine überarbeitete Fassung in Kraft gesetzt werden. Für den Prüfungszeitraum galt die Fassung vom 1.03.2019. Eine überarbeitete neue Fassung wurde zur Prüfung nicht vorgelegt.

Vor Inkrafttreten der Dienstanweisung war jeder Geschäftsbereich der Verwaltungsgemeinschaft für die in seinem Zuständigkeitsbereich fallenden Auftragsvergaben zuständig.

Mit Inkrafttreten der Dienstanweisung wurde durch den Bürgermeister eine Vergabegruppe ernannt, die laut Dienstanweisung aus 6 bis 10 Mitarbeitern der Verwaltung bestehen soll und gegenwärtig aus 6 Mitarbeitern besteht.

Die Vergabegruppe hat die Aufgabe, ein einheitliches Vergabewesen für die Stadt Grevesmühlen vorzubereiten und zu organisieren.

Die Vergabegruppe ist in Zusammenarbeit mit den Fachämtern verantwortlich für sämtliche Vergabevorgänge der in der DA geregelten Auftragswerte, für Bauleistungen oberhalb des geschätzten Auftragswertes von 25 T€ netto und für sonstige Vergaben oberhalb des Auftragswertes von 5 T€ netto.

Unterhalb dieser Auftragswerte werden die Vergaben weiter von den Fachabteilungen vollumfänglich durchgeführt.

Gemäß Hauptsatzung der Gemeinde Testorf-Steinfurt vom 29.04.2014 trifft der Bürgermeister gemäß § 7 Nr. 12 Entscheidungen über Auftragsvergaben nach der VOL im geschätzten Wert von bis zu 1 TEUR, nach der VOB im geschätzten Wert von bis zu 25 TEUR und nach der HOAI im geschätzten Wert von bis zu 5 TEUR je Einzelfall.

Mit der Hauptsatzung vom 15.10.2015 wurden im § 8 folgende Festlegungen getroffen: Der Bürgermeister kann für Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen inklusive Planungsleistungen im geschätzten Wert bis 1 TEUR und für Bauleistungen im geschätzten Wert bis 25 TEUR entscheiden. Bei Dauerschuldverhältnissen und wiederkehrenden Leistungen gelten diese Wertgrenzen für den geschätzten Jahresbetrag der Leistungen.

Die Vergabeübersichten bilden die Grundlage für die Prüfung von mindestens einem Zehntel der Auftragsvergaben des Haushaltsjahres, die gemäß § 3 (1) Nr. 9 KPG M-V gesetzliche Pflichtaufgabe der örtlichen Prüfung ist.

Zur überörtlichen Prüfung wurden dem Gemeindeprüfungsamt Übersichten für die Auftragsvergaben der Haushaltsjahre 2017 bis 2020 übergeben.

Für die Gemeinde Testorf-Steinfurt wurden für die zu prüfenden Jahre folgende Vergaben nachgewiesen:

Leistungs- umfang	2017		2018		2019		2020	
	Lie- fer- und Diens- t- leis- tung	Bau- leistung	Lie- fer- und Diens- t- leis- tung	Bau- leis- tung	Liefer- und Dienst- leis- tung	Bau- leis- tung	Liefer- und Dienst- leistung	Bau- leis- tung
bis 10TEUR	-	3	1	1	4	9	5 (davon 2 freibe- rufl. Leistun- gen)	8
Von 10 T€ bis 100 TEUR	-	-	-	1	-	2	-	-
Über 100 TEUR	-	-	-	-	-	-	-	1
Gesamt		3	1	2	4	11	5	9
Insgesamt:	35							

Tabelle 19

Die Protokolle der Prüfberichte des Rechnungsprüfungsausschusses wurden vor Ort vorgelegt. Für die Auswahl der durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfenden Verfahren liegen Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses für die Vergabeprüfungen vor.

Folgende Vergaben wurden für die Gemeinde Testorf-Steinfurt durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft.

- (16) Der Rechnungsprüfungsausschuss hat eine Vielzahl von Beanstandungen festgestellt. Maßnahmen werden in der vorläufigen Haushaltsführung und ohne Beteiligung der Fachämter durchgeführt.**

2018:

- Überdachte Sitzgelegenheiten 2,5 TEUR

Durch den Rechnungsprüfungsausschuss wurde beanstandet, dass das auf der Grundlage eines GV-Beschlusses einzuholende Angebot nicht vorlag. Lieferschein und Abnahmeprotokoll fehlten ebenfalls.

- Ausbaggerung von Teichen 9 TEUR

Drei Angebote wurden vom Bürgermeister direkt eingeholt. Prüfung der Angebote und Vergabedokumentation sowie Prüfung der Rechnungslegung erfolgten vom Fachamt.

- Erwerb und Erschließung der alten Gutsanlage in Testorf 19,5 TEUR

Die Beauftragung von zusätzlichen Positionen war nicht dokumentiert.

2019:

- 09/04/18/0057 Kauf Spielplatzkombination 16,4 TEUR

Die Vergabe wurde als Direktauftrag des Bürgermeisters beauftragt. Der Auftrag zur Lieferung und Montage einer Spielgerätekombination in Höhe von 16,4 TEUR wurde als Eilentscheidung des Bürgermeisters mit Datum vom 25.06.2018 ausgelöst. Durch die Gemeindevertretung wurde mit Beschluss vom 12.07.2018 die Eilentscheidung genehmigt. Die Dringlichkeit wurde damit begründet, dass das vorhandene Gerät den Sicherheitsanforderungen nicht mehr genügt.

Es wurde nur ein Angebot eingeholt und die Gemeinde befand sich in der vorläufigen Haushaltsführung.

Die Dringlichkeit war aus Sicht der Prüfer des Prüfungsausschusses nicht gegeben, auch wenn für die Maßnahme Spenden eingeworben wurden.

Für den Kauf der Spielplatzgeräte waren Investitionszuwendungen vom sonstigen privaten Bereich von 5 TEUR (Finanzkonto 36601.68159000 Projekt 026) und Auszahlungen für Sachanlagen in Höhe von 16 TEUR im Investitionsplan 2018 veranschlagt (Finanzkonto 36601.78571000 Projekt 026) veranschlagt. Der Haushalt für 2018 war erst im November rechtskräftig. Im Beschlussauszug zur Bestätigung der Eilentscheidung durch die GV wurde folgende Begründung zur Dringlichkeit aufgeführt. „Das Ergebnis der Hauptuntersuchung 2016 zwang die Gemeinde im Sinne der Sicherheit der Kinder zum schnellen Handeln. Die Dringlichkeit einer Beauftragung musste in den Anfertigungszeitraum gesehen werden. Die Beauftragte Firma garantierte eine Fertigung und Aufstellung der Geräte bis zum 1.06.2018 nur bei Beauftragung bis März 2018.“

Zur Beurteilung der Dringlichkeit sind die Daten zu werten. Die Maßnahme war ordnungsgemäß geplant worden. Der Auftragswert lag nur geringfügig über dem veranschlagten Ansatz.

Wie wurde der Planansatz ermittelt, wurden hier schon verschiedene Anbieter und Spielgeräte verglichen.

- 09/04/19/0095 Erneuerung/Erweiterung Drainage, Steinforter Straße 11+12; 9 TEUR

Die Vergabe wurde als Direktauftrag des Bürgermeisters ohne Hinzuziehung der Verwaltung ausgeführt. Ein korrigierter Angebotsvergleich wurde durch das Bauamt erarbeitet, um unterschiedliche Ansätze vergleichbar zu machen. Es fehlten die Angebotsaufforderung als Grundlage der Vergleichbarkeit der Angebote, der Nachweis, was zur Entscheidung für die Vergabe geführt hat und das Abnahmeprotokoll.

Die Prüfung wurde zurückgestellt.

2020: Niederschrift Sitzung RPA vom 11.10.2021

- 09/04/20/0035 Erweiterung der Beleuchtung Parkanlage 1,6 T€

Der Rechnungsprüfungsausschuss beanstandete die Vergabe, da kein Haushaltsansatz und keine Genehmigung der GV zur Vergabe vorlag.

Der RPA bat um Weiterleitung der Vergabeakte an die Kommunalaufsicht.

- 09/04/20/0044 Änderung der Wasserleitung auf dem Sportplatz Testorf, 1,5 TEUR

- Der Rechnungsprüfungsausschuss beanstandete die Vergabe, da kein Haushaltsansatz und keine Genehmigung der GV zur Vergabe vorlag.

- Der RPA bat um Weiterleitung der Vergabeakte an die Kommunalaufsicht.

Laut Zuarbeit des zuständigen Sachbearbeiters handelt es sich um einen „Austausch eines neuen Wasserzählers mit größerer Durchflussmenge, um die Leistung für die Sportplatzbewässerung zu erhöhen. Des Weiteren erfolgten die Umrüstung der Außenzapfstelle und die Anpassung an größer dimensioniertem Wasserzähler, so dass die erhöhte Leistung an der Bewässerungstechnik ankommt.“

3.7.2 Forderungsmanagement

Aufgrund des § 127 KV M-V i.V.m. § 1 GemKVO-Doppik obliegt der Amtskasse die Mahnung und Vollstreckung offener Forderungen ihrer amtsangehörigen Gemeinden.

Für die Vollstreckung wird als Fachverfahren VollKomm genutzt. Die Beitreibung der Forderungen erfolgt sowohl im Innendienst als auch im Außendienst.

Die Kasse praktiziert kontinuierlich den Forderungseinzug. Um den Forderungsbestand so gering wie möglich zu halten, ist ein zügiges Mahnwesen notwendig.

In der Regel wird zurzeit eine Mahnung versendet. 14 Tage nach einem Mahnlauf wird der Vollstreckungslauf durchgeführt. Die erforderlichen Daten werden per Schnittstelle von der Stadtkasse übernommen. Die externen Forderungen werden eingegeben.

Niederschlagungen bei erfolgloser Vollstreckung werden gem. § 22 GemHVO befristet oder unbefristet vorgenommen. Die Entscheidung darüber liegt bei dem Fachbereich, der die Forderung erstellt hat.

Bei befristeten Niederschlagungen erfolgt automatisch eine Wertberichtigungsbuchung. Die Forderung auf dem jeweiligen Personenkonto bleibt dabei erhalten. Erst bei einer unbefristeten Niederschlagung wird die Forderung auf dem Personenkonto ausgebucht.

Niederschlagungen werden von der Vollstreckung in Abhängigkeit vom Vollstreckungsverlauf beantragt und durch die jeweilige Fachabteilung entschieden.

Vom Grundpfandrecht wird ab einem Forderungsbetrag von 750,00 € Gebrauch gemacht. Der Umgang mit Kleinbeträgen und Mahnsperren ist in gesonderten Dienstanweisungen geregelt.

Die Höhe der Forderungen hat sich im Prüfungszeitraum wie folgt entwickelt:

In TEUR	2017	2018	2019	2020
Forderg.u.sonst.Verm.gegenst.	66	76	89	118
davon:				
Öffentl.-rechtl.Forderg.	3	3	3	7
Privatrechtl.Forderg.	62	63	80	108
Forderg.gg.d.sonst.öffentl.Bereich	1	0	0	0
Sonst.Verm.gegenst.	0	10	6	3

Tabelle 20

Den größten Anteil an den Forderungen haben die privatrechtlichen Forderungen, insbesondere die Forderungen aus der Wohnungsverwaltung. Siehe hierzu Punkt 3.7.3.

Die stichprobenartige Prüfung der Forderungen ergab Folgendes:

- Ein Schuldner (Person 613000180102) ist unbekannt verzogen. Die Adress-/Aufenthalts-ermittlungen laufen. Der Bürgermeister stimmt einer befristeten Niederschlagung derzeit nicht zu.
- Ein Schuldner (Person 625000021429) hat kein pfändbares Einkommen oder Vermögen. Es werden regelmäßig Raten à 10,00 € gezahlt.
- Bei einem Schuldner (Person 800062600020) läuft ein Widerspruchsverfahren. Die Aussetzung der Vollziehung ist angeordnet.

3.7.3 Wohnungsverwaltung

Die Gemeinde verfügt über Wohnungseigentum, dass von der WO BAG Grevesmühlen mbH seit dem 01.01.1992 verwaltet wird. Der Verwaltervertrag vom 15.12.1991 wurde mehrmals aktualisiert. Die letzte Änderung erfolgte am 13.2.2019 rückwirkend zum 01.01.2019 und betraf die Anpassung der Verwaltergebühren.

Das Eigentum umfasst aktuell 14 Wohneinheiten und 15 Stellplätze bzw. Garagen.

2019 und 2020 stand eine Wohnung leer.

Im Haushalt wird die Wohnungsverwaltung über das Produkt 52201 abgebildet. Seitens des Wohnungsverwalters erfolgt eine quartalsweise Abrechnung über Forderungen und Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit den Wohnungen gegenüber der WOBAG mbH bestehen. Die Abrechnung des Wohnungsverwalters wird quartalsweise als Forderung der Gemeinde gegenüber dem Wohnungsverwalter verbucht.

Exemplarisch wurde die Abrechnung 2020 geprüft. Die Abrechnungen des Wohnungsverwalters, Erträge in der Ergebnisrechnung, Forderungsbestand in der Bilanz waren plausibel und konnten nachvollzogen werden.

(17) 2020 erfolgte kein Abruf liquider Mittel zugunsten der Gemeinde. Ende 2020 betrug der Bestand auf dem Verwalterkonto 108.038,98 EUR.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Abruf nicht benötigter finanzieller Mittel den negativen Kas senbestand der Gemeinde entlastet.

Die Leiterin Finanzen erklärte, dass die WOBAG noch kein Verwahrenrgelt auf das Verwalterkonto an die Bank zahlen muss.

Die Handhabung, wie die Abrechnungen der Wohnungsverwaltung in der Buchführung abgebildet werden, ist nicht zu beanstanden.

4. Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsfeststellungen

Die dauernde Leistungsfähigkeit war nach RUBIKON in den geprüften Jahren als dauerhaft weggefallen zu beurteilen. RZ (1)

Aufgrund der weggefallenen dauernden Leistungsfähigkeit bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2023 sollte die Gemeinde Prioritäten bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben setzen und die Höhe der freiwilligen Leistungen strengstens prüfen. Die geplanten freiwilligen Leistungen wurden 2019 und 2020 überschritten. RZ (1)

In den geprüften Jahren wurde die Haushaltssatzung nicht vor Beginn des Haushaltsjahres beschlossen und der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt. RZ (3)

Die Gemeinde befand sich 2017 ganzjährig in der vorläufigen Haushaltsführung. RZ (4)

Der Haushaltsausgleich wurde im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Finanzplanungszeitraum bis 2023 nicht erreicht. RZ (5)

Mit Leistungsmengen und Kennzahlen zur Messung der Produktergebnisse wurde noch nicht gearbeitet. RZ (6) (W)

Das Haushaltssicherungskonzept sollte der Mindestgliederung nach § 17 b (1) der GemHVO-Doppik M-V angepasst werden. In den Haushaltssicherungskonzepten konnte kein Konsolidierungszeitraum festgelegt werden. Die Konsolidierungseffekte sind in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 nicht ausreichend, um den Haushaltsausgleich im Ergebnis- und Finanzhaushalt herbeizuführen. RZ (7)

Die Jahresabschlüsse 2017, 2018 und 2019 wurden nicht fristgerecht aufgestellt und festgestellt. RZ (8)

Die Prüfung der Übereinstimmung der Veränderung der durchlaufenden Gelder in der Finanzrechnung mit der Veränderung der Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern in der Bilanz ergab in 2018 und 2019 eine Differenz. RZ (9)

Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde in 2017 bis 2019 nicht erreicht. Der vollständige Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht. RZ (10)

Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung wurde in 2017 und 2019 nicht erreicht, der vollständige Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht. RZ (11)

In den Jahren 2017 bis 2019 wird der negative Investitionssaldo über die Inanspruchnahme des Kassenkredites gedeckt. Die Gemeinde verfügte zu dem Zeitpunkt über keine liquiden Mittel. Das Finanzierungsgebot nach § 19 Absatz 2 GemHVO wird nicht beachtet. RZ (12)

Der geplante Saldo aus Investitionstätigkeit 2018 und 2019 wurde nicht eingehalten. RZ (13)

2018 und 2019 sind im Saldo die übertragenen Haushaltsermächtigungen ins Folgejahr größer als die verfügbaren Mittel, die Finanzierung ist nicht gesichert (VV zur GemHVO M-V Ziff.15.2). RZ (14)

Die Bilanzen entsprachen nicht dem nach § 47 GemHVO-Doppik M-V verbindlich anzuwendenden Muster 15 (Kontoform, auf einer Seite, evtl. A3-Format. RZ (15)

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat eine Vielzahl von Beanstandungen bei der Vergabeprüfung aufgezeigt. Maßnahmen werden ohne Beteiligung der Fachämter durchgeführt. RZ (16)

2020 erfolgte kein Abruf liquider Mittel zugunsten der Gemeinde. Ende 2020 betrug der Bestand auf dem Verwalterkonto 108.038,98 EUR. RZ (17)

Das Prüfungsergebnis ist sorgfältig auszuwerten.

Der Prüfbericht ist der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

Die Prüfungsergebnisse sind unverzüglich nach der Kenntnisnahme unter Beachtung der Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes an sieben Werktagen während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen, § 10 KPG M-V.

In einer vorangegangenen öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

Eine Kopie des Prüfberichtes wird dem Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V übersandt. (Erläuterungen zum KPG Ziff. 2.7.2.)

Entsprechend § 9 Absatz 3 des KPG M-V hat die kommunale Körperschaft zum Prüfungsergebnis innerhalb von 3 Monaten gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere zu berichten, inwieweit den Prüfungsfeststellungen Rechnung getragen wird.

Grevesmühlen, 28.04.2022

Im Auftrag



Weber

Überörtliche Prüfung
Hier: Haushalts- und Wirtschaftsführung 2017 bis 2020
Gemeinde. Testorf-Steinfurt

Übersicht Prüfungsfeststellungen

Stand: 11.05.2022 –Prüfbericht

Nr.	Feststellung (Kurzfassung)	V.	Stellungnahme der Verwaltung
1	Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist in den geprüften Jahren als dauerhaft weggefallen zu beurteilen. Dies wird sich auch bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes nicht ändern.		Keine Anmerkungen
2	Aufgrund der weggefallenen dauernden Leistungsfähigkeit bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2023 sollte die Gemeinde Prioritäten bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben setzen und die Höhe der freiwilligen Leistungen strengstens prüfen, § 17 a (1) Punkt 2 GemHVO-Doppik M-V. Die geplanten freiwilligen Leistungen wurden 2019 und 2020 überschritten.		Ist mit dem Bürgermeister und der Gemeindevertretung zu diskutieren. Die Überschreitungen für freiwillige Leistungen resultieren aus dem Produkt Spielplätze: 2019: Abschreibungen (diese werden mit der Haushaltsplanung geschätzt), 2020: Abschreibungen und bauliche Unterhaltung
3	Die Haushaltssatzungen sollten vor Beginn des Haushaltsjahres beschlossen und der Rechtsaufsichts-behörde vorgelegt werden, § 47 KV M-V. Die Gemeinde hielt diese Rechtsvorschrift in den geprüften Jahren 2017 bis 2019 nicht ein.	Fin	Die Prüfungsfeststellung nehmen wir zur Kenntnis. Wir weisen aber darauf hin, dass die durch das Innenministerium zur Verfügung gestellten Daten zum Finanzausgleich als wesentliche Grundlage der kommunalen Haushaltsplanung mit jedem Jahr später über den Orientierungsdatenerlass zur Verfügung gestellt werden: Für das Jahr 2014: am 02.09.2013 Für das Jahr 2017: am 29.09.2016 Für das Jahr 2019: am 30.10.2018 Für das Jahr 2020: am 10.06.2020 Für das Jahr 2022: am 29.11.2021 Es ist angesichts der ohnehin angespannten finanziellen Situation der Gemeinden erforderlich, diese Information in die Haushalte einzuarbeiten. Aufgrund der Anzahl der jährlich durch die Verwaltung aufzustellenden und mit den gemeindlichen Gremien in mehreren Sitzungen zu beratenden Haushalte ist eine Fertigstellung und Beschlussfassung für alle Gemeinden noch vor Jahresbeginn nicht realistisch.
4	Die Gemeinde befand sich 2017 ganzjährig in der vorläufigen Haushaltsführung. Darauf wurde weder im Anhang noch im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2017 hingewiesen.	Fin	Keine Anmerkungen, wird künftig beachtet
5	Der Haushaltsausgleich wurde im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Finanzplanungszeitraum bis 2023 nicht erreicht.		Keine Anmerkungen

6	Mit Leistungsmengen und Kennzahlen zur Messung der Produktergebnisse wurde noch nicht gearbeitet. Bei der Erarbeitung der Ziele sollen die in der Zukunft liegenden Sollzustände definiert werden, die es durch gezielte Maßnahmen zu erreichen gilt. Zielvorgaben sollten eindeutig definiert, messbar und erreichbar sein.	Fin	Die Nachholung der doppelischen Jahresabschlüsse hat Priorität und bindet die entsprechenden Kapazitäten.
7	Das Haushaltssicherungskonzept entspricht nicht der Mindestgliederung nach § 17 b (1) der GemHVO-Doppik M-V. Die Festlegung des Konsolidierungszeitraumes konnte nicht benannt werden. Die Konsolidierungseffekte reichen in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 nicht zur Erzielung des Haushaltsausgleiches aus.	Fin	Da es sich um ein strukturelles Defizit handelt, ist eine Festlegung des Konsolidierungszeitraumes nicht möglich.
8	Die Jahresabschlüsse 2017 bis 2019 wurden nicht fristgerecht aufgestellt und festgestellt.	Fin	Das ist der Nachholung der doppelischen Jahresabschlüsse geschuldet. Wird künftig beachtet.
9	Die Prüfung der Übereinstimmung der Veränderung der durchlaufenden Gelder in der Finanzrechnung mit der Veränderung der Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern in der Bilanz ergab in 2018 und 2019 eine Differenz. Die Differenz in Höhe von 2.600,00 € in 2018 und 2019 resultiert aus der fehlerhaften Umbuchung der Spenden für einen Spielplatz in 2018, die in 2019 korrigiert wurde.	Fin	Keine Anmerkungen
10	Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde in 2017 bis 2019 nicht erreicht. Der vollständige Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht.		Keine Anmerkungen
11	Der jahresbezogene Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung wurde 2017 und 2019 nicht erreicht, der vollständige Haushaltsausgleich wurde im gesamten Prüfungszeitraum nicht erreicht.		Keine Anmerkungen
12	In den Jahren 2017 bis 2019 wird der negative Investitionssaldo über die Inanspruchnahme des Kassenkredites gedeckt. Die Gemeinde verfügte zu dem Zeitpunkt über keine liquiden Mittel. Das Finanzierungsgebot nach § 19 Absatz 2 GemHVO Doppik M-V wird nicht beachtet.		Keine Anmerkungen
13	Der geplante Saldo aus Investitionstätigkeit 2018 und 2019 wurde nicht eingehalten.		Dies resultiert aus nicht realisierten Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen.
14	2018 und 2019 sind im Saldo die übertragenen Haushaltsermächtigungen ins Folgejahr größer als die verfügbaren Mittel, die Finanzierung ist nicht gesichert.		Keine Anmerkungen
15	Die Bilanzen entsprechen nicht dem nach § 47 GemHVO-Doppik M-V verbindlich anzuwendenden Muster 15 (Kontoform, auf einer Seite, evtl. A3-Format).	Fin	Eine Bilanz mit Untergliederung in Konten („lange“ Fassung) wurde dem Gemeindeprüfungsamt wie auch dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung gestellt. Eine „kurze“ Fassung ohne Konten (gemäß Muster des Landes), die

			auch an die Gemeindevertretung zu gehen hat, kann aus dem aktuellen HKR-Programm nicht als Darstellung auf einem Blatt generiert werden. Zudem gestaltet sich die technische Umsetzung im Gesamtausdruck (z.T. ist noch in Papierform an die Gemeindevertreter auszureichen) schwierig.
16	Auftragsvergaben: Der Rechnungsprüfungsausschuss hat eine Vielzahl von Beanstandungen festgestellt. Maßnahmen werden in der vorläufigen Haushaltsführung und ohne Beteiligung der Fachämter durchgeführt.	VG	Keine Anmerkungen
17	2020 erfolgte kein Abruf liquider Mittel zugunsten der Gemeinde. Ende 2020 betrug der Bestand auf dem Verwalterkonto 108.038,96 Euro.	GFM /Fin	Das Geld stammt aus den Mieterträgen und wird gemäß Haushaltsplanung in den folgenden Jahren für die Sanierung der Gebäude eingesetzt. Bislang fielen für diese Beträge auf den WOBAG-verwalteten Konten keine Verwahrensentgelte an, die auf den Konten der Stadt bereits 0,5% betragen.